

Stadt Hilden

Niederschrift

über die 7. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am Donnerstag, 12.05.2022 um 17:00 Uhr, im Bürgertreff (Lortzingstraße 1 in 40724 Hilden)

Anwesend waren:

Vorsitz

Herr Carsten Wannhof SPD

stell. Vorsitz

Frau Sabine Kittel CDU

Stimmberechtigte Mitglieder gemäß § 4 Abs. 2 a) Satzung Amt für Jugend, Schule und Sport Hilden

Herr Christian Schimang	CDU	
Herr Tristan Zeitter	CDU	
Frau Kimberly Lynn Bauer	SPD	
Frau Cornelia Geißler	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Annegret Gronemeyer	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Sibylle Owsianowski	AfD	Vertreterin für Frau Niederquell

Beratende Mitglieder gemäß § 4 Abs. 3 der Satzung für das Amt für Jugend, Schule und Sport Hilden

Frau Heike Richarz Allianz für Hilden

Stimmberechtigte Mitglieder gemäß § 4 Abs. 2 b) Satzung Amt für Jugend, Schule und Sport Hilden

Frau Anne Krüger-Harms	AWO	
Herr Bodo Seume	FZG Behinderte und Nichtbehinderte Hilden e. V.	Vertreter für Frau Lieb-scher
Frau Malin Schmidt	SPE Mühle	

Beratende Mitglieder gemäß § 4 Abs. 3 der Satzung für das Amt für Jugend, Schule und Sport Hilden

Herr Michael Hirsch-Herda	Jugendamtselternbeirat Hilden	
Ella Schmidt	Jugendparlament	Vertreterin für Ilias Kenssi
Herr Marco Martins Pereira	Vertreter Integrationsrat	

Gäste

Frau Gabriele Losse Behindertenbeirat

Von der Verwaltung

Herr Ulrich Brakemeier	Stadt Hilden
Herr Beigeordneter Sönke Eichner	Stadt Hilden
Frau Andrea Funke	Stadt Hilden
Frau Catharina Giesler	Stadt Hilden
Frau Andrea Märten	Stadt Hilden
Frau Wibke Paas	Stadt Hilden
Herr Dirk Schatte	Stadt Hilden
Frau Anja Voß	Stadt Hilden

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- 1 Befangenheitserklärungen
- 2 Beschlusskontrolle JHA, Stand: März 2022
WP 20-25 SV 51/130
- 3 Aufgaben- und Anforderungsprofile sowie Kostenkalkulation der Leistungen der Freizeitgemeinschaft e.V.
WP 20-25 SV 51/142
- 3.1 Ergänzungsantrag zur Sitzungsvorlage der CDU und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN
- 4 Konzept zur dauerhaften Fortsetzung des Projektes "Zukunft aktiv gestalten" (ZAG)
WP 20-25 SV III/032
- 5 JAEB - Einführung eines Kennzahlensystems zur Steuerung von Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege
WP 20-25 SV 51/127
- 6 Antrag des Jugendparlamentes zur Anschaffung der Beratungs App "Between The Lines"
WP 20-25 SV 51/140
- 7 Hildener Jugend- und Familienbericht 2022 - Teil 1
WP 20-25 SV 51/141
- 8 Sachstandsbericht des Sachgebietes Soziale Dienste des Amtes für Jugend, Schule, Integration und Sport
WP 20-25 SV 51/133
- 9 Jahresberichte 2021 der Freien Träger
WP 20-25 SV 51/128
- 10 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
- 11 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Gremiums, die Vertreter der Presse und die erschienenen Zuhörerinnen und Zuhörer. Er stellte fest, dass die Unterlagen form- und fristgerecht zugegangen sind.

Der Vorsitzende, Herr Wannhof, verlas die Vereidigungsformel und verpflichtete für das Jugendparlament Ella Schmidt zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben.

Änderungen zur Tagesordnung

Es ergaben sich keine Wortmeldungen.

Einwohnerfragestunde

Zur Einwohnerfragestunde meldete sich niemand.

1 Befangenheitserklärungen

Der Vorsitzende, Herr Wannhof, erkundigte sich nach eventuellen Befangenheiten. Herr Seume von FZG Behinderte und Nichtbehinderte Hilden e. V. erklärte sich zu TOP 3 Aufgaben- und Anforderungsprofile sowie Kostenkalkulation der Leistungen der Freizeitgemeinschaft e.V. und zu TOP 9 Jahresberichte 2021 der Freien Träger für befangen.

2 Beschlusskontrolle JHA, Stand: März 2022

WP 20-25 SV 51/130

Herr Brakemeier / Verwaltung teilte dem Ausschuss mit, dass auf Seite 3 der Sitzungsvorlage WP 20-25 SV 51/092 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN von einem Antrag gesprochen werde, dies sei falsch. Es handele sich hierbei nur um eine Anregung seitens BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und sei auch nicht beschlossen. Damit werde es aus der Beschlusskontrolle gestrichen.

***Nach Prüfung durch die Verwaltung wurde folgendes festgestellt:** Der Antrag WP 20-25 SV 51/092 habe Bestand und wurde mehrheitlich abgelehnt. Nach Ablehnung habe man von Seiten der Fraktion von Anregung gesprochen, mit der Bitte den Sachverhalt mit dem Berufskolleg zu klären.

Der Jugendhilfeausschuss nahm die Beschlusskontrolle zur Kenntnis.

3 Aufgaben- und Anforderungsprofile sowie Kostenkalkulation der Leistungen der Freizeitgemeinschaft e.V.

WP 20-25 SV 51/142

Der Vorsitzende, Herr Wannhof, schlug den Mitgliedern des Ausschusses vor, der Freizeitgemeinschaft (FZG) Rederecht einzuräumen. Hierfür wolle er die Sitzung unterbrechen. Aus dem Ausschuss kamen keine Einwände. Unterbrechung der Sitzung um 17:10 Uhr.

Frau Kürten von der FZG, erläuterte kurz, was für den Träger spreche.

Zum einen gehörte der Abenteuerplatz von Beginn an zur FZG und werde bis jetzt erfolgreich geführt, dies konnte man jüngst am letzten Wochenende beim Handwerkermarkt erkennen, der regen Zuspruch durch die Bevölkerung hatte.

Frau Kürten sprach über einen mehrjährigen Vertrag. Dadurch würde sich die Chance, z. B. bei der „Aktion Mensch“, eine zusätzliche Förderung von 300.000 € ergeben. Dieser Zuschuss sei nur für einen freien Träger möglich und würde einen Umbau des Abenteuerplatzes ermöglichen. In Rücksprache mit Herrn Dezernenten Eichner erklärte die Freizeitgemeinschaft, dass man mit 320.000 € den Abenteuerplatz betreiben könne. Nach dem Subsidiaritätsprinzip, was auch in anderen Fällen angewendet werde, werbe sie für die Freizeitgemeinschaft. Frau Kürten erklärte, man werde nicht in eine Unterfinanzierung gehen, wenn Anträge mündlicher Art vorliegen würden, dies sehe man als unseriöse Planung an.

Zu den zur Abstimmung vorgeschlagenen Varianten positionierte sich die FZG wie folgt:

Man wünsche sich ein Hinarbeiten zu Variante 1.

Die Variante 2 käme gar nicht infrage, wie bereits beschrieben und die Varianten 3 und 4 wäre für die FZG das Gleiche.

Es werde der Dreijahresplan zur Finanzierung auf Wunsch der Verwaltung nachgereicht.

Herr Vorsitzender Wannhof wollte von Frau Kürten wissen, ob alle anderen Bereiche in der Vorberatung wie z. B. Kindergärten, familienunterstützender Dienst berücksichtigt seien.

In keinem anderen Punkt gab es eine Abweichung zu den Varianten. Gemeinsam mit Herrn Eichner und Frau Voß und anderen Verwaltungsmitarbeitern kam es zu keinem Diskonsens. Wiedereröffnung der Sitzung um 17:20 Uhr.

Rm/Kittel, CDU, verlas einen Ergänzungsantrag zur Variante 1, der in Zusammenarbeit mit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gewünscht werde.

Rm/ Frau Kittel, CDU, und RM/ Frau Gronemeyer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wünschten sich, dass der neu aufgestellte Vorstand sich etablieren solle und sollte einem bewährten Partner eine Chance geben.

Rm/ Frau Bauer, SPD, merkte an, dass aus Sicht der SPD nicht alle Fragen beantwortet seien. Insbesondere hinsichtlich der mittel- und langfristigen Finanzplanung. Die SPD hofft auf die Fördermittelauszahlung und wolle dem Ganzen nicht im Wege stehen, daher werde sie sich enthalten.

Herr Dezernent Eichner gab zwei Dinge als Hinweis.

Zum einen wünschte sich Herr Eichner, dass für den Umbau Fördermittel fließen sollten und, dass das Dezernat IV mit einzubeziehen sei.

Weiter werde heute nur über den Betriebskostenzuschuss für den Abenteuerspielplatz entschieden. Herr Vorsitzende Wannhof fasste den neuen Beschlussvorschlag wie folgt zusammen:

Beschlussvorschlag:

Variante 1

Auf Basis der Kalkulation (Planzahlen 2022) der Freizeitgemeinschaft gewährt die Stadt dem Träger für ~~das Jahr 2022~~ **geändert: die Jahre 2022-2025** einen **geändert: jährlichen** Zuschuss zur Betreuung des Abenteuerspielplatzes gemäß des abgestimmten Aufgaben- und Anforderungsprofils in Höhe von aufgerundet 288.300 €. Zusätzlich gewährt die Stadt dem Träger **geändert: für** ~~das Jahr 2022~~ eine Ausfallbürgschaft in Form eines freiwilligen Zuschusses von **geändert: jährlich** 32.150 €, welcher, bei Auszahlung der vom Träger in dieser Höhe beantragten Fördermittel, an die Stadt zurückgezahlt wird. Bereits ausgezahlte Zuschüsse aus dem ersten Halbjahr 2022 werden verrechnet.

Geändert:

Dieser Zuschuss ist zweckgebunden und ausschließlich für den Betrieb des Abenteuerspielplatzes zu verwenden.

~~Nach Vorlage der mittelfristigen Finanzplanung für die Jahre 2023 – 2025 wird im Jugendhilfeausschuss am 16.11.2022 über die weitere längerfristige Finanzierung im Sinne des Kinder- und Jugendförderplanes entschieden. (Wird gestrichen)~~

Dem Träger wird für den Neubau des Hühnergeheges ein einmaliger Zuschuss in Höhe von 6.000 € gewährt. Der Träger hat der Stadt die Verwendung der Mittel im laufenden Haushaltsjahr 2022 nachzuweisen.

Hinweis: Der Träger weist darauf hin, dass die Bewilligung von Fördermitteln i.d.R. an längerfristige vertragliche Bindungen gekoppelt ist. Eine jährliche Bezuschussung erschwert bzw. verhindert die Gewährung von Fördermitteln (aktuell Fördermittelantrag „Aktion Mensch“).

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen

Dafür 6 Stimmen

Dagegen 1 Stimme

Enthaltungen 2 Stimmen

3.1 Ergänzungsantrag zur Sitzungsvorlage der CDU und BÜND-
NIS90/DIE GRÜNEN

Frau Kittel verlas den Ergänzungsantrag.

„Die Fraktionen „Bündnis 90 die Grünen Hilden“ und „CDU Fraktion Hilden“ beantragen folgende Ergänzung zu dem in der „Variante 1“ aufgeführten Beschlussvorschlag der o.g. Sitzungsvorlage:

Der FZG wird bis zum Ablauf des in 2021 verabschiedeten Kinder- und Jugendförderplans (2025) über den 31.12.2022 hinaus jährlich ein freiwilliger Zuschuss in Form einer Ausfallbürgschaft über EUR 32.150 € gewährt. Dieser ist zweckgebunden und ausschließlich zum Betrieb des Abenteuerspielplatzes zu verwenden. Der Träger verpflichtet sich, bei Inanspruchnahme des Betrags externe Fördermittel zu beantragen und bei Auszahlung gewährter Mittel diesen Betrag an die Stadt zurück zu führen.

Begründung

Der Träger arbeitet seit Oktober 2021 mit einem neuen Vorstand. Dieser arbeitet intensiv und sichtbar daran, den Verein wieder in ruhiges Fahrwasser zu steuern. Veränderungen benötigen Zeit und sind nicht von heute auf morgen zu bewerkstelligen. Neben dem s.g. Tagesgeschäft arbeitet der Vorstand mit Hochdruck an der Konkretisierung der Produktkalkulationen und Fertigstellung der Planzahlen für die Jahre 2023 — 2025. Letztere sind voraussichtlich noch rechtzeitig zur Ratssitzung im Juni verfügbar.

Der beantragte Zuschuss in Form einer Bürgschaft ergibt sich aus der Differenz von 288 T€ freiwilliger Zuschüsse der Stadt für den Betrieb des ASP und der Summe der tatsächlich ermittelten Kosten für dieses Produkt in Höhe von ca. 320 -K. In den vergangenen Jahren gab es in vielen Bereichen deutliche Preissteigerungen, wie auch höhere Personalkosten durch Tarifanpassungen. Daher sind höhere Kosten für dieses Produkt durchaus begründet und als realistisch zu betrachten.

Auch die Stadt Hilden kann den ASP bei gleicher Leistung nicht preiswerter betreiben, hat aber naturgemäß andere Möglichkeiten zum Ausgleich der Differenz. Dem Träger bleibt hier nur die Möglichkeit, sich um externe Fördergelder zu bemühen und genau dies passiert auch.

Es sind bereits Fördermittel mit guten Erfolgsaussichten bei verschiedenen Projekten beantragt, über eine Vergabe ist noch nicht entschieden. Eine langfristige Planung mit großen Projekten ist nur möglich, wenn der Verein auch entsprechend lange vertragliche Bindungen vorweisen kann. Diese vertragliche Bindung möchten wir dem Verein bis zum Auslaufen des geltenden Kinder- und Jugendförderplans geben.

Die Freizeitgemeinschaft leistet für unsere Stadt eine wichtige soziale Arbeit und hat nach unserer Auffassung mit den eingeleiteten Maßnahmen eine positive Zukunftsperspektive.

Eine Unterstützung durch Politik und Verwaltung, gerade auch in schwierigen Zeiten, ist für uns daher geboten, nicht aber eine stückweise Auflösung des Vereins.“

4 Konzept zur dauerhaften Fortsetzung des Projektes "Zukunft aktiv gestalten" (ZAG) WP 20-25 SV III/032

Rm/Gronemeyer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, und Rm/Kittel, CDU, befürworten die Bündelung bei Bildung³ in Hilden.

Rm/ Kittel, CDU, wünschte sich von der Verwaltung, einmal im Jahr zum Thema Schulabsentismus Zahlen vorgelegt zu bekommen.

Herr Brakemeier/Verwaltung informierte den Ausschuss über die Zielführung der zusammengebrachten Themen und der vorgelegten Konzepte. Es sind Schritte in die Zukunft, diese seien angesichts der Herausforderungen auch notwendig. Hauptnutzerin sei Frau Klein-Mach und von ihr habe man auch die Zustimmung bekommen. Herr Brakemeier hoffe auf Zustimmung des Ausschusses.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss und im Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen die Umsetzung des Projektes „Zukunft aktiv gestalten“ (ZAG) ab 1.1.2023

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen

Dafür 9 Stimmen

Dagegen 1 Stimme

5 JAEB - Einführung eines Kennzahlensystems zur Steuerung von Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege WP 20-25 SV 51/127

Jugendamtseaternbeirat Herr Hirsch-Herda erläuterte dem Ausschuss noch einmal kurz die Antragsvorlage.

Rm/Owsianowski, AfD, wollte wissen, ob es nicht einen Stellenpool mit Springer gab, die dies zum Teil aufgefangen haben.

Frau Funke/Verwaltung erklärte, hier habe die Stadt Hilden Poolstellen für städtische Einrichtungen eingerichtet. Springerkräfte seien für kurzzeitige Ausfälle gedacht und Poolstellen für Langzeitausfälle vorgesehen.

Jugendamtseaternbeirat Herr Hirsch-Herda wollte dazu wissen, warum Langzeiterkrankungen nicht aufgefangen werden könnten.

Frau Funke/Verwaltung erklärte dazu, hierzu seien Auswertungen durch das Personalamt vorgenommen worden, die Grundlagen zu den Poolstellen waren. Zurzeit käme man mit 10 Poolstellen, zwei Springern, Alltags helferpool und 2 Springer für Küchenkräfte aus. Bei refinanzierten Stellen kommen Langzeiterkrankungen oftmals nicht vor.

Rm/Gronemeyer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erklärte, man erkenne die Sorgen und Problematiken der Kita-Eltern. Jedoch glaube man nicht, das Problem damit zu lösen. Es müsse grundsätzlich mehr Personal akquiriert werden.

Herr Brakemeier/ Verwaltung erläuterte, dass Kitausbau einerseits und Fachkräftemangel auf der anderen Seite sowie erhöhte Fachkraftschlüssel generell aktuell nicht zusammenpassen. Erst wenn mehr qualifiziertes Personal zur Verfügung stehe, werde es auch eine Entspannung geben.

Antragstext:

Einführung eines Kennzahlensystems zur Steuerung von Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege

Sehr geehrter Herr Dr. Pommer, sehr geehrter Herr Wannhoff, sehr geehrte Damen und Herren, der Jugendamtseleternbeirat der Stadt Hilden stellt folgenden Antrag und bittet den Jugendhilfeausschuss, sowie ggf. weitere Beratungsgremien um folgende Beschlussfassung:

Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung

1. mit der kurzfristigen Einführung eines Kennzahlensystems, dass Aufschluss über die Qualität und Quantität der Kinderbetreuung in Hilden gibt. Die Kennzahlen sollen mindestens Aufschluss über
 - a) die Personalsituation / Stellenbesetzung als Soll/Ist Vergleich der jeweiligen Einrichtungen,
 - b) den Krankenstand (Krankentage) der jeweiligen Einrichtungen
 - c) den Grad der Fluktuation der Belegschaft in den jeweiligen Einrichtungen (Wechsel zu anderen Einrichtung, Arbeitsverhältnis beendet, dafür neu eingestellt) und
 - d) die Anzahl von Störtagen nach Gruppen in den jeweiligen Einrichtungen geben. Die Zahl der Störtage ist ebenfalls als Gesamtzahl pro Einrichtung anzugeben.
2. mit der regelmäßigen Auswertung der vorgenannten Kennzahlen zum Zwecke der Steuerung der Kinderbetreuung in Hilden;
3. mit der regelmäßigen Veröffentlichung der vorgenannten Kennzahlen mindestens zu den Terminen des JHA als regelmäßiger Tagesordnungspunkt.

Erläuterungen zum Antrag:

Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflegepersonen verzeichnen hohe Ausfallzeiten aufgrund unterschiedlicher Problematiken und Schwierigkeiten, die damit nicht nur Quantität und Qualität der Kinderbetreuung beeinträchtigen, sondern auch schwerwiegende Auswirkungen auf die betroffenen Familien haben.

Die Träger sind nach dem KiBiz verpflichtet, für eine regelmäßige Betreuung und Förderung der Kinder zu sorgen. Nach schriftlicher Auskunft des Jugendamtes wird insbesondere keine Statistik über Ausfallzeiten geführt:

Ein sinnvolles Kennzahlensystem versetzt jedoch sowohl Verwaltung als auch politische Gremien in die Lage, die Situation in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege rechtzeitig zu erkennen, die Datenlage unabhängig zu analysieren, geeignete Maßnahmen einzuleiten und die Eignung und den Erfolg der Maßnahmen zu kontrollieren und ggf. nachzubessern. Diese Daten sind das Fundament allen weiteren Handelns.

Erst durch die Einbeziehung aller Elternbeiräte im Stadtgebiet, die uns freundlicherweise ihre Ausfallzeiten für den entsprechenden Zeitraum zur Verfügung gestellt haben und die Auswertung dieser Datensätze, konnten wir aufzeigen, dass insbesondere Kindertagesstätten unter städtischer Trägerschaft unter erheblichen Ausfall- und Störzeiten zu leiden haben.

Die Belastung der Elternschaft, aber auch der Belegschaft ist enorm und an der Grenze der Zumutbarkeit angekommen, wie wir zahlreichen E-Mails entnehmen konnten.

Da sich Quantität und Qualität der Betreuung unweigerlich bedingen und das Thema des Personalmangels im Hildener Kita-Bereich bereits vor Corona eine außerordentliche und dominierende Rolle gespielt hat (siehe u.a. diverse politische Anträge zu dieser Thematik in den Jahren 2019, 2020, 2021 sowie den Inhalt des Familienbericht 2020) und sich der Bedarf in den nächsten Jahren zusätzlich deutlich erhöhen wird, sehen wir das Problem als äußerst dringlich an und bewerten ein Kennzahlensystem als pragmatischen Lösungsansatz, der die Problematik objektiviert und auf welchem aufgebaut werden kann.

Wir bitten den Jugendhilfeausschuss und den Rat der Stadt Hilden um entsprechende Beschlussfassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig abgelehnt

Dagegen 9 Stimmen

Enthaltung 1 Stimme

6 Antrag des Jugendparlamentes zur Anschaffung der Beratungs
App "Between The Lines"

WP 20-25 SV 51/140

Ella Schmidt, Vertreterin für das Jugendparlament, welche selbst im Arbeitskreis zum Thema Kinder- und Jugendschutz dabei war, teilte dem Ausschuss mit, dass die App „Between The Lines“ auf die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler ausgelegt sei. Sie hoffe auf die Unterstützung und Befürwortung.

Rm/Bauer, SPD, begrüßte den Antrag des JUPA. Sie haben Fragen am Infostand beantwortet bekommen und man erkenne an, mit welcher Leidenschaft an dieser Sache gearbeitet wurde.

Rm/ Kittel, CDU, begrüßte den Antrag und erklärte, sie werde dem zustimmen. An die Verwaltung ging die Frage, ob zum Stand für dieses Vorhaben aus Sicht des Kreises Mettmann bereits etwas vorliegen würde.

Frau Nowak/Verwaltung ergänzte zum Antrag, dass die Kreisverwaltung die APP auf Herz und Nieren prüfe und eine Entscheidung sei frühestens am 20.06.2022 im Kreistag zu erwarten. Sollten sich weitere Fragen ergeben, dann sei zu erwarten, dass sich das Ganze hinziehe und somit verschoben werde.

Rm/Gronemeyer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, möchte wissen, ob die personenbezogenen Daten geschützt seien.

Frau Nowak/Verwaltung erklärte, dass genau diese Punkte in Sachen Datenschutz, Verlinkungen und Impressum etc. in der Kreisverwaltung geprüft werden.

Dazu werde ein Bericht erstellt, dieser werde im Sozial- und Gesundheitsausschuss vorgestellt.

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Anschaffung der App „Between The Lines“, wie vom Jugendparlament vorgeschlagen, wenn besagte App nicht über den Kreis Mettmann für alle kreisangehörigen Städte angeschafft wird.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen

Dafür 8 Stimmen

Dagegen 1 Stimme

Enthaltung 1 Stimme

Rm/Gronemeyer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, möchte auf folgendes in der Vorlage genanntes abheben:

Auf Seite 4 / Präventionskette und
auf Seite 10 / Kontaktbeschränkungen

Die Aufstockung der Frühen Hilfen sei zwingend notwendig aus der Sicht von BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN. Die Frühen Hilfen stünden am Anfang der Präventionskette und die Kontaktaufnahme sollte früh beginnen.

Herr Vorsitzende Wannhof wies darauf hin, dass es sich nicht um eine Mitteilungsvorlage handele, sondern ein Beschlussvorschlag darstelle. Der Bericht sei nun zur Kenntnis genommen und rief im Anschluss zur Abstimmung auf.

Nachreichung von Rm/Frau Geißler, BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN, mit der Bitte um Änderung auf Seite 19 Absatz 6 letzter Satz, wo (statt Beleidigungsprozessen) Beteiligungsprozessen stehen müsse.

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den „Hildener Jugend- und Familienbericht 2022 - Teil 1“ zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die Maßnahmenplanungen in Bezug auf die Ergebnisse des Familienberichtes weiter in einem systematischen Prozess fortzuschreiben und hierüber dem Ausschuss jährlich zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen

Dafür 9 Stimmen

Dagegen 1 Stimme

8 Sachstandsbericht des Sachgebietes Soziale Dienste des Amtes
für Jugend, Schule, Integration und Sport

WP 20-25 SV 51/133

Rm/Bauer, SPD, möchte a.) für die hervorragende Vorlage und b.) für die geleistete Arbeit danken.

Rm/Gronemeyer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, möchte die Bedeutung im vorletzten Absatz auf Seite 1 erläutert haben.

„Die aus dieser Erfahrung gewonnene Erkenntnisse haben es notwendig gemacht, dass eine Ausweitung der pädagogischen und muttersprachlichen Unterstützung auch auf die ankommenden Personen in den städtischen Asylunterkünften ausgeweitet werden muss.“

Frau Voß/Verwaltung erklärte, auf welcher Basis die Hilfe hier greifen sollte. Hier sollte man die Familien unterstützen, die zurzeit mit Kindern gekommen seien, wie z. B. vermehrt aus der Ukraine. Die bestätigte Vermutung, dass die ankommenden Personen unter Posttraumatischen Belastungsstörungen leiden und oder anderweitige psychische Problematiken aufweisen. Diese Erkenntnis stellte sich im Rahmen der muttersprachlichen Begleitung heraus, sodass entsprechend der Aufnahme und Betreuungssituation in der Notunterkunft vom 04.05.2022 analog auch in den Einrichtungen des städt. Asylbereichs verfahren werden sollte. Gerne kann die Vorlage nachgesteuert werden, so Frau Voß.

Rm/Gronemeyer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, würde hier auf Ehrenämter setzen.

Herr Dezernent Eichner ergänzte die Ausführung von Frau Voß. Alle Kollegen haben immer den Blick auf alle Flüchtlinge. Die Befürchtung, in eine Zweiklassengesellschaft zu rücken, sei zu vermeiden.

Der Jugendhilfeausschuss nahm den Sachstandsbericht der Sozialen Dienste des Amtes für Jugend, Schule, Integration und Sport zur Kenntnis.

Rm/Gronemeyer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wollte wissen, ob die Übergangsbegleitung nur für zwei Einrichtungen galt.

Frau Funke/Verwaltung erklärte, zunächst sei man mit zwei Einrichtungen gestartet. Sollte sich in anderen Einrichtungen ein hoher Bedarf einstellen, können sich diese an die Übergangsbegleitungen wenden.

Frau Gronemeyer, würde sich wünschen in allen Einrichtungen eine Übergangsbegleitung anzusiedeln, bzw. bei Unterstützungsbedarf nachzusteuern.

Herr Brakemeier/Verwaltung betonte hier das Projekt „Auf in die Schule“ als Grundmodell. Dies habe sich bewährt und wurde intensiviert. Selbstverständlich könne hier immer noch mehr in Bewegung gebracht werden, wenn gewünscht.

Der Jugendhilfeausschuss nahm die Jahresberichte der Freien Träger für das Berichtsjahr 2021 zur Kenntnis.

10 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

Herr Dezernent Eichner informierte die Versammlung über zwei Termine:

19.05.2022 AREA51 der Runder Tisch
Thema: Kulturelle Bildung in Hilden
Einladungen sind bereits versendet.

23.06.2022 Digitale Fortbildungsveranstaltung zur SGB VIII Reform.

Weiter erklärte Herr Eichner, das Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration bietet Familien aus Nordrhein-Westfalen für das Jahr 2022 eine Förderung von Erholungsurlauben in Familienferienstätten an. Das Förderprogramm des Landes soll den Familien insbesondere angesichts der Belastungen der Corona-Pandemie die Möglichkeit bieten, gemeinsam eine Auszeit zu nehmen und wieder zu Kräften zu kommen.

Die Förderung können interessierte Familien mit geringem Einkommen sowie einkommensunabhängig Familien mit pflegebedürftigen Kindern oder mindestens einem Familienmitglied mit Behinderung erhalten. Gefördert werde ein Familienurlaub mit drei bis sieben Übernachtungen inklusive Vollverpflegung und verschiedene familienfreundliche Angebote – organisiert über den Reisedienst der Diakonie Ruhr-Hellweg e. V.

Für Buchungen und Rückfragen, die sich bei einer Reiseplanung ergeben, steht der Reisedienst der Diakonie Ruhr-Hellweg e.V. zur Verfügung. Dieser sei erreichbar unter:

Webseite: www.familienerholung-nrw.de

E-Mail: info@familienerholung-nrw.de

Weitere Informationen können Sie dem anliegenden Flyer entnehmen.
Den Flyer können Sie auch bestellen unter der Bestellnummer 1051
<https://broschuerenservice.nrw.de/default/shop>

Ein Hinweis des Dezernenten Eichner zur Ratsitzung:
Der Bürgermeister beabsichtigt in der nächsten Ratssitzung Stellung zum Thema Familien Entlastungsprojekt-/Paket, ggf. im JHA mit einer Sondersitzung, zu beziehen.

11 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Es ergaben sich keine Wortmeldungen.

Ende der Sitzung: 18:20 Uhr

Carsten Wannhof / 13.07.2022
Vorsitzender

Andrea Märtens / Datum
Schriftführer/in

Gesehen:

Dr. Claus Pommer / 07.07.2022
Bürgermeister

Sönke Eichner / 07.07.2022
1. Beigeordneter